

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen
T: +49 7151 28289 . F: +49 7181 43987 . E: info@ai-el-salvador.de
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>
https://twitter.com/AI_El_Salvador
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



21. September 2020

AI: EL SALVADOR, PARAGUAY UND VENEZUELA VERLETZTEN DIE MENSCHENRECHTE WÄHREND DER QUARANTÄNE-MASSNAHMEN

Interview mit Erika Guevara Rosas in Deutsche Welle, 21.09.2020

Für Amnesty International (AI) waren die wegen COVID-19 durch die drei Regierungen angeordneten Zwangs-Quarantänen Strafmaßnahmen und keine Maßnahmen zur Förderung der öffentlichen Gesundheit.

In ihrem Bericht "[When Protection becomes Repression: Mandatory Quarantines during COVID-19 in the Americas](#)" wirft AI den Regierungen von El Salvador, Paraguay und Venezuela Menschenrechtsverletzungen vor. Darüber sprach die Deutsche Welle mit Erika Guevara Rosas, Direktorin für den amerikanischen Kontinent.

DW: Die Pandemie betrifft den ganzen Planeten. Warum haben Sie sich auf El Salvador, Paraguay und Venezuela konzentriert?

Erika Guevara Rosas: Ohne Zweifel ist diese Pandemie beispiellos, und die Staaten sind nicht nur befugt, sondern verpflichtet, Maßnahmen zum Schutz der Rechte auf Gesundheit und Leben umzusetzen. Der amerikanische Kontinent ist zum Epizentrum der bestätigten Infektionsfälle und Todesfälle geworden. Quarantäne-Maßnahmen unterschiedlichen Grades wurden in verschiedenen Ländern - nicht nur auf unserem Kontinent - auf unterschiedliche Weise umgesetzt, und auch in anderen Regionen gibt es Grund zur Sorge.

Diese Untersuchung wurde jedoch als Reaktion auf die eingegangenen Berichte durchgeführt: Seit März erhielten und überprüften wir Dutzende von Videos, die sowohl in sozialen Netzwerken verfügbar waren als auch die uns zugesandt wurden, die in den obligatorischen Quarantänestationen gefilmt wurden. Wir haben der Situation in El Salvador, Venezuela und Paraguay Priorität eingeräumt, weil dies die Länder sind, aus denen wir die meisten Beschwerden und Beweise erhalten haben, und dort wurden die Zwangseinweisungen verlängert, was zu einer großen Zahl willkürlicher Festnahmen führte.

Das heißt nicht, dass sie die einzigen sind - wir haben auch in Guatemala, Honduras, der Dominikanischen Republik und Ecuador dokumentiert -, aber gerade in diesen drei Ländern waren die Beschwerden häufiger und auch die Besorgnis über die Zahl der Menschen und die Bedingungen, denen sie ausgesetzt waren, war größer.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Welche Gemeinsamkeiten haben Sie in diesen drei Ländern festgestellt?

Es gab Zwangs-Quarantänen ohne die Ausschöpfung weniger restriktiver Maßnahmen wie freiwillige Quarantäne und Bildungsprogramme. Fast unmittelbar nach der Ausrufung der Pandemie wurden in El Salvador und Paraguay obligatorische Zwangsunterbringungen verordnet. In Venezuela wurden die Maßnahmen verstärkt, sobald die Zahl der Fälle begann zuzunehmen. Dies waren - angeblich - Maßnahmen zur öffentlichen Gesundheit, aber wir betrachten sie als Strafmaßnahmen. Sie haben den gemeinsamen Nenner, dass die Betroffenen in Armut leben, Rückkehrer*innen, Flüchtlinge oder Migrant*innen sind - ob sie nun abgeschoben worden waren oder zwangsweise zurückkehren mussten, wie in den Entsendeländern Venezuela und El Salvador - oder Menschen, die in ihr Land zurückgekehrt sind, ohne Flüchtling zu sein.

In allen drei Ländern fanden diese Zwangsunterbringungen im Allgemeinen in behelfsmäßigen Einrichtungen wie Lagerhäusern oder Sportstadien statt. Diese Orte waren weder mit hygienischen Maßnahmen ausgestattet noch waren die Rechte auf Nahrung, Wasser und sanitäre Einrichtungen, medizinische Hilfe und eine würdige Behandlung gewährleistet.

Und die Unterschiede?

Die Unterschiede sind kontextbedingt. In El Salvador und Paraguay, als die Zahl der Infizierten zu sinken begann, wurden diese Zentren nach und nach vollständig geschlossen. Ende August waren sie in beiden Ländern bereits geschlossen. In Venezuela werden sie für Menschen fortgesetzt, die aus Ländern wie Peru und Kolumbien zurückgekehrt sind. Unterschiede gibt es auch bei der Zahl der Menschen, die zwangsweise eingesperrt wurden: In Paraguay ist die Rede von etwa 8.000. In El Salvador sind es mehr als 16.000, und in Venezuela - wohl wissend, dass mindestens 90.000 Flüchtlinge zurückgekehrt sind - könnte das Ausmaß noch größer sein.

Es ist interessant zu sehen, wie diese drei Regierungen die Quarantäne verhängen. Diese Maßnahme - die sie als Maßnahme der öffentlichen Gesundheit rechtfertigten - wurde zu einer Menschenrechtsverletzung, weil sie die Menschen einer Infektion aussetzte. Es gibt Erklärungen des Justizministers von El Salvador, in denen deutlich wird, dass die Regierung selbst wusste, welche Risiken diese ungesunden Räume bargen. Er warnte davor, die Ausgangssperre zu brechen, da diejenigen dann in diese Zentren gebracht werden könnten, wo sie dem Virus ausgesetzt wären. Die Regierung erkannte selbst an, dass diese Orte zu einer Art Ansteckungszentrum wurden. Es gab dort eine Reihe von willkürlichen Vorgängen.

Andererseits können diese Festnahmen, die im Laufe der Zeit verlängert wurden - und die in Venezuela weiterhin verlängert werden - willkürliche Festnahmen darstellen, die das Recht auf Freiheit und Integrität verletzen. Diese Inhaftierungen sind nicht gerechtfertigt, weil sie nicht im Gesetz festgelegt, zeitlich nicht begrenzt und diskriminierend sind.

Wenn Sie von Stigmatisierungs- und Diskriminierungskampagnen sprechen, was meinen Sie damit?

Seit Beginn der Verhängung dieser Strafmaßnahmen bezogen sich Erklärungen der Behörden - insbesondere auf höchster Ebene - auf Personen, die aufgrund von Stigmatisierung eingesperrt wurden. Im Extremfall Venezuela wurden sie beschuldigt, biologische Terroristen zu sein.

In El Salvador konnten wir Fälle von Menschen in Armut dokumentieren, die das Haus zum Einkauf von Lebensmitteln oder Medikamenten verlassen haben und inhaftiert wurden, obwohl sie ihren Ausgang rechtfertigen konnten. Sie wurden in Zwangsquarantäne genommen und stigmatisiert, weil sie - bei der Rückkehr in ihre Gemeinden - den Stempel trugen, in einem dieser Zentren gewesen zu sein. Die Äußerungen der Behörden, die sie beschuldigen, für die Verbreitung der Infektion verantwortlich zu sein, sind



sehr gefährlich, weil wir in vielen Fällen gesehen haben, dass diese Menschen von ihren Gemeinschaften angegriffen wurden.

Wenn diese Menschen in Venezuela in ihre Gemeinden zurückkehren, werden sie zurückgewiesen und darüber hinaus von den lokalen Behörden schikaniert, weil sie bereits durch die Medienkampagnen stigmatisiert wurden, die sogar Nicolás Maduro durchgeführt hat, indem er sie des Bioterrorismus beschuldigte.

Was ist die Rolle der Sicherheitskräfte?

In einer Region, die bereits von staatlicher Gewalt geplagt ist - wo die Sicherheitskräfte zu Werkzeugen von Regierungen wurden, die die Fähigkeit zum Dialog verloren haben, um die Bevölkerung zum Schweigen zu bringen - wurden die Sicherheitskräfte eingesetzt, um diese Zwangsquarantänen zu durchzusetzen.

Diese Streitkräfte - einschließlich der Streitkräfte, die mit militärischer Logistik bei der Einrichtung provisorischer Krankeneinrichtungen helfen sollten - wurden eingesetzt, um Strafmaßnahmen zu verhängen, und in vielen Fällen haben wir Misshandlungen dokumentiert, die Folter darstellen könnten. Die Sicherheitskräfte haben zweifellos eine Schlüsselrolle gespielt, weil sie die Vollstrecker dieser Strafmaßnahmen sind.

Mit der wirtschaftlichen Wiedereröffnung besteht die Gefahr, dass die Ansteckung zunimmt und die Quarantäne wieder aufgenommen werden muss. Welche Empfehlungen geben Sie für diese drei Länder?

Wir haben die begründete Befürchtung, dass die Staaten versucht sein werden, diese Strafmaßnahmen wieder einzuführen. Von Ländern, die bereits Menschenrechte verletzt haben, verlangen wir, dass sie unparteiische und zügige Untersuchungen dieser Vorwürfe durchführen, damit sie nicht ungestraft bleiben und das Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung gewährleistet ist.

Wir fordern auch die Regierungen auf, humanitären NGOs und Menschenrechtsbeobachter*innen Zugang zu diesen Quarantänezentren zu gewähren, damit sie die Bedingungen überwachen können. Diese Quarantänezentren sollten den von der WHO (Weltgesundheitsorganisation) aufgestellten Vorschriften und Richtlinien entsprechen: Wir wissen, dass eine länger als 14 Tage dauernde Quarantäne nicht notwendig ist, dass die für die Einhaltung der Menschenrechte erforderlichen Vorkehrungen in diesen Zentren bereitgestellt werden müssen und vor allem, dass weniger strafende Maßnahmen wie die freiwillige Quarantäne angestrebt werden müssen.

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das spanische Original:

AI: El Salvador, Paraguay y Venezuela violaron DD.HH. durante las cuarentenas

<https://www.dw.com/es/ai-el-salvador-paraguay-y-venezuela-violaron-ddhh-durante-las-cuarentenas/a-55007317>